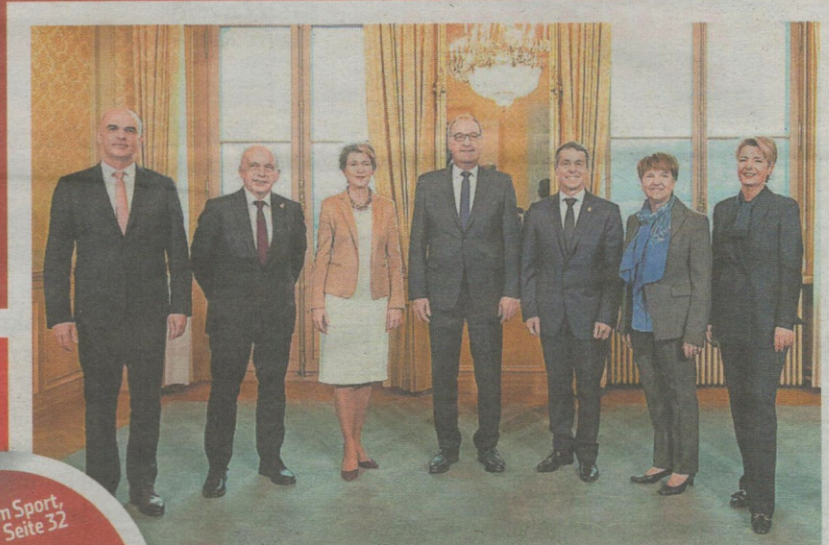




Heute für Sie
15 offizielle
Panini-
Sticker
beigelegt



Sonntags Blick



**Bundesrat gegen das
Rahmenabkommen**

Seiten 2 bis 5

Nr. 11 | 21. März 2021 | Fr. 4.90

Druck aus Washington

US-Parlamentarier werfen der Schweiz vor, Putin zu unterstützen.

Seiten 34-36

Ob Sonne oder Regen

Wetterprognosen ziehen uns alle in den Bann. Warum eigentlich?

Im Magazin



Lenker der Nation

Auf einer Spritztour mit Daniel Frei, dem besten Fahrlehrer der Schweiz.



Im Magazin



Grossveranstaltungen
für Geimpfte
und Getestete

Wirtschaft
fordert
Impf-Pass
bis Juni

Seite 18

Gross-Events für Geimpfte und Getestete

Wirtschaft fordert Corona-Pass bis Juni

Wer coronafrei ist, soll es mit einer App nachweisen können.



THOMAS SCHLITTLER

Seit einem Jahr ächzt die Schweizer Wirtschaft unter den Corona-Massnahmen – ein Ende ist nicht absehbar: Am Freitag erteilte der Bundesrat Turbo-Öffnungen eine Absage. Doch der Druck bleibt hoch.

In einem offenen Brief fordern die wichtigsten Wirtschaftsverbände und namhafte bürgerliche Parlamentarier, die Landesregierung müsse «dringende Umsetzungsarbeiten» in die Hand nehmen, um «das Ende der staatlichen Eingriffe» ins

gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu erreichen.

Das Schreiben erreichte den Bundesrat gestern Samstag. Es liegt SonntagsBlick exklusiv vor. Unterzeichnet ist es unter anderem von Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl, Hans-Ulrich Bigler, dem Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, und Casimir Platzer, Präsident von Gastrosuisse.

So geeint hat man die Schweizer Wirtschaftsverbände schon lange nicht mehr gesehen. Gemeinsam erheben sie vier konkrete Forderungen an Bundesrat und Bundesverwaltung:

► **Impfen:** Es müsse «alles» unternommen werden, damit bis Ende Juli jeder Impfwillige geimpft sei.

Unbeschwert feiern an Konzerten und Open Airs: Wird das dank eines digitalen Covid-free-Nachweises im Sommer wieder möglich?

► **Testen:** Bis Ende März habe ein Umsetzungskonzept zu Grattests vorzuliegen – inklusive Organisation der Auslieferung.

► **Versorgung:** Bis Ende September brauche es ein Konzept für mehr Versorgungssicherheit mit wichtigem medizinischem Material und Arzneimitteln.

► **Covid-free-Nachweis:** Anfang Juni solle ein digitaler, fälschungssicherer Corona-Pass zur Verfügung stehen.

Vor allem die letzte Forderung hat es in sich: Wofür soll so ein

Corona-Pass genutzt werden? Werden damit Impfskeptiker diskriminiert?

Nein, sagt Andreas Faller (54), Geschäftsführer des Bündnisses Freiheitliches Gesundheitswesen und Ex-Vizedirektor des Bundesamts für Gesundheit. Der Mitinitiator des offenen Briefs erklärt: «Der Covid-free-Nachweis soll nicht nur Geimpften Vorteile bringen. Auch Personen, die von Covid-19 genesen sind oder kürzlich negativ getestet wurden, sollen vom digitalen

Pass beziehungsweise der App profitieren können.»

Veranstalter sollen dank der App eine einfache Möglichkeit erhalten, garantiert coronafreie Events durchzuführen. «Sie müssten einzig am Eingang kontrollieren, dass alle Besucher coronafrei sind», so Faller. Besonders geeignet sei diese Lösung für Grossveranstaltungen wie Konzerte, Open Airs und Fussballspiele, aber auch für Reisen.

Mit dieser Lösung werde niemand ausgegrenzt: «Wer sich

nicht impfen lassen will, müsste einige Stunden vor der Veranstaltung einen Test machen, zum Beispiel in einer Apotheke.» Falle er negativ aus, leite die Apothekerin das Ergebnis an die App weiter – und man könne damit ins Stadion.



Mitunterzeichner: Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands.



Mitinitiator: Andreas Faller, ehemaliger Vizedirektor des Bundesamts für Gesundheit.

Das Parlament hat diese Woche die Grundlage für eine solche Lösung geschaffen. Nun sei der Bundesrat gefordert, sagt Andreas Faller. «Er muss unverzüglich ein einheitliches schweizerweites System zur Eingabe der Testresultate, der durchgeführten Impfungen sowie der Genesen bereitstellen, aus dem die Daten für die Covid-free-App bezogen werden können.»

Die Europäische Union stellte am Mittwoch eine «Greencard» vor, die im Juni einsatzbereit sein soll. Es ist ein sehr ähnliches Projekt, an dem sich auch die Schweiz beteiligen könnte.

«Das wäre der Best Case für uns», meint Gesundheitsexperte Faller. Denn damit wäre auch die Reisefreiheit innerhalb Europas gesichert. ●



Fordert vom Bundesrat mehr Tempo: Monika Rühl, Economiesuisse.

«Romands denken ans Kollektiv, Deutschschweizer an Kohle»

Ob Impfungen, Staatshilfen oder Steuern für Krisenprofiteure: Eine Studie zeigt, wie anders die grossen Landesteile in Corona-Fragen ticken.

Es ist das bisher kostspieligste Gesetz der Eidgenossenschaft – und dementsprechend heiss umkämpft: Am Donnerstag stimmte das Parlament nach langen Debatten dem neuen Covid-19-Gesetz zu und beschloss damit unter anderem

eine milliardenschwere Finanzspritze für Härtefälle. National- und Ständerat stritten sich so sehr, dass eine Einigungskonferenz notwendig wurde.

Uneins ist man sich mit Blick auf finanzielle Unterstützungen auch dies- und

jenseits der Sprachgrenze: Der Ruf nach Staatshilfe ertönt in der Romandie erheblich lauter als in der deutschsprachigen Schweiz.

Dies ergab eine Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut Link von 1000 Schweizerinnen und



Schweizern im Auftrag der Blick-Gruppe. Die repräsentative Erhebung förderte einen deutlichen Corona-

Graben zutage, eine Mutation des Röstigrabens.

Fast drei Viertel der befragten Romands sind der

Meinung, dass krisengebeutelte Firmen und Einzelpersonen zu wenig finanzielle Unterstützung erhalten – während in der Deutschschweiz jeder Zweite die Hilfe vom Staat für ausgewogen oder gar zu hoch hält.

Das Vorurteil, dass Romands stärker auf den Staat vertrauen, trifft es hier für einmal ins Schwarze. Doch es beschreibt die Lage nur zum Teil: «Zudem überwiegt in der Romandie das kollektive Verantwortungsbewusstsein, während Deutschschweizer zuerst ans eigene Portemonnaie und die höheren Steuern denken», sagt Sabrina Pfister, Soziologin und Leiterin der Studie.

Der Gedanke, Krisenprofiteure zu besteuern, kommt hingegen in der Deutschschweiz besser an. Einer Covid-Sonderabgabe für Unternehmen, die in der Pandemie besonders grosse Gewinne einfahren, stimmt dort die Hälfte der Befragten «voll und ganz» oder «eher» zu. Die Romands zeigen sich da mit 42 Prozent deutlich zurückhaltender.

Nicht weniger überraschend: Die sonst so immunisierungswilligen Romands verwandelten sich in der Corona-Krise zu Impfmuffeln. Die feste Absicht, sich spritzen zu lassen, ist bei ihnen mit 23 Prozent weit weniger verbreitet als in der Deutschschweiz

(43 Prozent). Virginia Borel: «Die Deutschschweizer sind generell wirtschaftsfreundlicher und wohl motivierter, da durch die Impfung die Wirtschaft schneller wieder angekurbelt werden kann.»

Beide Sprachregionen stehen grundsätzlich hinter der Prioritätenliste des Bundes, nach der Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen früher immunisiert werden sollen. Allerdings würde es zumindest ein Drittel der Romands lieber sehen, wenn zuerst die «arbeitsfähige und mobile Bevölkerung» geimpft würde – also die Jungen –, während die über 65-Jährigen möglichst alle Kontakte und den ÖV meiden sollen.

In der Deutschschweiz findet dieses Konzept weit weniger Zuspruch. «Deutschschweizer reagieren empfindlicher, wenn um ihre Freiheitsrechte geht, die Romands sind offener gegenüber Reglementierungen», meint Pfister.

Ohnehin werden, bis alle ihre Injektionen erhalten haben, Monate ins Land gehen. Daher liegt die Hoffnung auf Massentests. Doch der logistische und organisatorische Aufwand ist gross, in gewissen Kantonen harzt es – wobei dem Vernehmen nach insbesondere die grossen Westschweizer Kantone den Aufwand scheuen.

Zu Beginn der dritten Welle (siehe Seite 16) ist

das Virus in der Genferseeregion am weitesten verbreitet. Und die regionale Betroffenheit prägt wohl Unterschiede im Umgang mit der Krise. Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten zwischen den zwei grossen Sprachregionen: Der Bundesrat etwa genießt beiderseits des Corona-Grabens viel Rückhalt. Das meiste Vertrauen schenken die Befragten, aller Kritik zum Trotz, Gesundheitsminister Alain Berset. Und doch: Der zurückhaltende Entscheid vorgestern dürfte alle enttäuscht haben. Die Umfrage zeigt: Beide Regionen hofften bei der Öffnungsstrategie auf mehr Tempo. ● CAMILLE KÜNDIG